

Auch andere sind an der Programmarbeit : zum Beispiel : SPD Schleswig-Holstein

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 10

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339899>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

(Abschnitt (14) bis (17) des Programmtextes).

Wir haben bisher mit der Diskussion der beiden Programmtexte folgende Erfahrung gemacht: Der Minderheitstext ist auf den ersten Blick anspornend und begeisternd. Er animiert durch seine Rhetorik und

seine Visionen zugleich. Aber auf den zweiten Blick verbleicht er wie eine schwungvolle Sonntagspredigt: *Die Umsetzungsschwierigkeiten ins tägliche Leben, in die aktuelle und nicht sehr ermutigende politische Praxis, macht letztlich resignativ und schläfrig.*

Gerade umgekehrt ergeht es beim Mehrheitstext: *Je stärker man die Philosophie des pragmatisch-radikalen Ökosozialismus auf den Grund geht, desto mehr liefert er auch Konturen dafür, wie man hier und jetzt an die Zukunftsprobleme herangehen kann.*

Auch andere sind an der Programmarbeit

Zum Beispiel: SPD Schleswig-Holstein

Nicht nur in der SPS, auch in anderen sozialdemokratischen Parteien werden programmatische Diskussionen geführt. Zum Beispiel auch im SPD Landesverband Schleswig-Holstein. Aus dem 1. Diskussionsentwurf dieser Partei druckt die Rote Revue die Kapitel «Ziele und Grundwerte» sowie das Schlusskapitel «Unser Weg» ab.

Ziele und Grundwerte

1. «So wie bisher kann es nicht weitergehen!» Das ist eine Meinung, die sich immer mehr verbreitet. Wie soll es aber weitergehen? Viele haben Angst vor der Zukunft. Droht ein alles vernichtender Atomkrieg? Bricht die Weltwirtschaft, von der wir so abhängig sind, zusammen? Sind unsere Arbeitsplätze noch mehr gefährdet? Werden sich die Umweltbedingungen weiter verschlechtern? Werden noch mehr Rücksichtslosigkeit, noch mehr Kälte, noch mehr Isolierung, noch mehr Sprachlosigkeit das Zusammenleben der Menschen belasten?

Die politische Rechte verspricht, das Heil im Gestern und Vorgestern zu finden. Doch mit den Rezepten der Vergangenheit sind die vor uns liegenden Probleme nicht zu meistern.

Wir Sozialdemokraten haben keine Patentlösungen. Aber wir weichen vor den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft nicht

zurück. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass es uns Menschen möglich ist, unser Zusammenleben friedlicher, freier, gerechter, menschlicher zu organisieren. Wir wollen mit den Bürgern zusammen die Wege finden, die zu einer humanen Gesellschaft führen.

Wir richten unsere Vorschläge für eine gemeinsame Politik an unseren Zielen und Grundsätzen aus. Von ihnen sind uns besonders wichtig:

Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Arbeit und Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Sie bestimmen die politische Arbeit der Sozialdemokraten auch in Schleswig-Holstein. Sie sind der Massstab, mit dem die Bürger unseres Landes die sozialdemokratische Politik beurteilen sollen.

2. *Frieden* ist das Fundament jeder menschenwürdigen Gesellschaft. Eine Welt in Frieden setzt das Selbstbestimmungsrecht aller Völker voraus.

Eine Welt in Frieden erfordert

eine gerechte Verteilung der Reichtümer unserer Erde.

Eine Welt in Frieden braucht politische Entspannung, militärische Abrüstung und internationale Zusammenarbeit.

3. *Freiheit* bedeutet die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen.

Eine freie Gesellschaft muss jede Bevormundung des Menschen durch den Staat, durch die Massenmedien oder durch unkontrollierte wirtschaftliche Macht abwehren.

Eine freie Gesellschaft muss die Einengung der politischen Entscheidungsfreiheit durch sogenannte «Sachzwänge» verhindern, indem sie die technische Entwicklung, insbesondere die Grosstechnik, demokratischer Entscheidung unterwirft.

Eine freie Gesellschaft setzt die Verteidigung aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten voraus, die in der Vergangenheit gegen zäh verteidigte Privilegien errungen worden sind.

Eine freie Gesellschaft muss die Fremdbestimmung des Menschen durch eine hemmungslose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche abwehren.

4. *Gerechtigkeit* bedeutet die Verwirklichung gleicher Freiheit, aber auch gleicher Rechte und gleichwertiger Lebenschancen für alle Bürger.

Eine gerechte Gesellschaft setzt den Kampf gegen alle Arten von Klassenunterschieden voraus.

Eine gerechte Gesellschaft erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Arbeit, Eigentum, Einkommen und Macht, aber auch beim Zugang zu Bildung und Kultur.

Eine gerechte Gesellschaft ist ohne die Gleichberechtigung von Mann und Frau undenkbar.

5. *Solidarität* bedeutet Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft.

Eine solidarische Gesellschaft verlangt den Abbau gesellschaftlicher Vorurteile und aktiven Schutz für die Schwachen vor den Stärkeren.

Eine solidarische Gesellschaft fordert von den Menschen, sich füreinander verantwortlich zu fühlen und einander zu helfen.

Eine solidarische Gesellschaft verlangt den gemeinsamen Kampf für die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit für alle.

Eine solidarische Gesellschaft engagiert sich für Freiheit und Gerechtigkeit auch jenseits ihrer nationalen Grenzen.

6. *Demokratie* bedeutet die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger an der Volksherrschaft.

Eine demokratische Gesellschaft setzt aktive Gegnerschaft gegen jede Form von Machtmissbrauch und Diktatur voraus.

Für eine demokratische Gesellschaft hat Demokratie als Lebensform in allen gesellschaftlichen Bereichen Gültigkeit. Sie braucht deshalb ökonomische Demokratie genauso wie politische Demokratie.

Eine demokratische Gesellschaft erfordert die Bekämpfung jeder Konzentration von ökonomischer und publizistischer Macht in den Händen Weniger.

7. *Arbeit ist eine wichtige Grundlage des persönlichen und des gesellschaftlichen Lebens.*

Durch Arbeit sichert der einzelne für sich und seine Angehörigen den Lebensunterhalt. Durch gemeinsame Arbeit der Bürger werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstandes geschaffen.

Jeder hat das Recht auf Arbeit, die als sinnvoll erlebt werden kann. Sie ist sinnvoll, wenn sich in ihr die Fähigkeiten und Neigungen des Arbeitenden entfalten können und ihre Ergebnisse seinen Werten und Zielen entsprechen.

Sinnvolle Arbeit erfordert die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Mitbestimmung. Sinnvolle Arbeit setzt humane Arbeitsbedingungen voraus.

Sinnvolle Arbeit schliesst für uns unbezahlte Tätigkeiten ein, in denen die Bürger sich freiwillig für den eigenen Bedarf etwas verschaffen oder solidarische Arbeit für die Familie, in Parteien und Verbänden, in Bürgerinitiativen und anderen gemeinnützigen Organisationen leisten. Die Möglichkeiten dieser Art von Arbeit werden mit wachsender Freizeit grösser.

8. Die *Erhaltung der natürlichen Umwelt* bedeutet Schluss mit dem Raubbau an der Natur.

Eine aktive Umweltpolitik verlangt die Wahrnehmung der Lebensinteressen zukünftiger Generationen.

Eine aktive Umweltpolitik erfordert eine Beendigung der unbedachten Verschwendung von Energie und Rohstoffen.

Eine aktive Umweltpolitik heisst, nicht alles zu tun, was technisch und wirtschaftlich möglich ist.

Unser Weg

Demokratischer Sozialismus ist keine geschlossene Weltanschauung. Demokratischer So-

zialismus ist auch kein perfektes Gesellschaftsmodell, sondern die ständige reformpolitische Aufgabe, die Gesellschaft nach den Interessen der Mehrheit der Bürger zu gestalten und zu verändern. Demokratischer Sozialismus lehnt die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit ab. Das gilt für den schrankenlosen Kapitalismus genauso wie für den orthodoxen Kommunismus oder die Diktatur einer ökologisch bewussten Elite.

Es gibt keinen nationalen Weg des Überlebens ohne die Übernahme internationaler Verantwortung. Es gibt keine Politik des Demokratischen Sozialismus, die an nationalen Grenzen endet.

Internationale Übereinkommen und Verträge, die Politik der Europäischen Gemeinschaft, die internationale Konzentration privater ökonomischer Macht und die weltweite ökonomische Entwicklung entziehen sich weitgehend demokratischer Kontrolle und schränken die nationalen Möglichkeiten politischer Gestaltung immer wieder ein. Die Arbeiterbewegung muss sich dieser Entwicklung durch internationale Zusammenarbeit widersetzen.

Sozialdemokratische Reformpolitik bejaht den demokratischparlamentarischen Weg. Wir wollen aber den Parlamenten als gewählten Vertretungen der Bevölkerung die Macht geben, die ihnen nach dem Gesetz zusteht. Deshalb bekämpfen wir Gruppen und Verbände, die die Macht der Parlamente usurpieren. Und deshalb streiten wir gegen den unkontrollierten politischen Einfluss wirtschaftlicher Macht.

Sozialdemokratische Reformpolitik setzt mehr Mit- und Selbstbestimmung für den Bürger voraus — über die Beteiligung an Wahlen hinaus. Deswegen wollen wir die Demokratisierung der Wirtschaft. Des-

halb fördern wir die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Unternehmen und Verwaltungen. Deshalb unterstützen wir das Engagement des einzelnen in Verbänden und Bürgerinitiativen. Und deshalb weisen wir jeden Versuch zurück, freie Meinungsbildung, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit zu Lasten der Bürger einzuschränken.

Sozialdemokratische Reformpolitik ist unser Beitrag zu einer friedlichen Lösung sozialer Konflikte. Wir haben für die Bewältigung unserer Probleme nicht beliebig viel Zeit. Unterlassene Reformen verschärfen die sozialen Gegensätze und bergen die Gefahr von Zwang und Gewalt.

Sozialdemokratische Reformpolitik erfordert Umdenken. Das gilt auch für die SPD. Eine sozial gerechte Verteilung wirtschaftlicher Zuwächse — das war der wichtigste Hebel sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik in der Vergangenheit. Die Grenzen des Wachstums und die Krise des Fortschrittsglaubens zeigen auch die Grenzen einer solchen Politik. Wer vom Bürger Umdenken verlangt, muss dazu auch selbst bereit sein.

Sozialdemokratische Reformpolitik will verändern. Sie trifft dabei auf reformfeindliche Kräfte, die um ihren Besitzstand fürchten. Ihr Widerstand wird umso erbitterter sein, als es nicht mehr nur um die Beseitigung ihrer Privilegien geht.

Es geht nicht nur darum, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die aus einer Neuverteilung von Zuwächsen nicht mehr finanzierbar ist, aus einer Umverteilung von Besitzständen zu finanzieren.

Es geht darum, die drohende Selbstzerstörung einer hemmungslos industrialisierenden Gesellschaft abzuwenden.

Es geht darum, Wirtschaft und Produktion nach den Interes-

sen der Mehrheit zu planen und zu lenken, damit Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt sich nicht gegen die Lebensbedürfnisse der Menschen wenden.

Demokratische Initiativen außerhalb des Parlaments und betriebliche Aktionen im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit können dazu beitragen, Widerstände gegen notwendige Reformen zu überwinden.

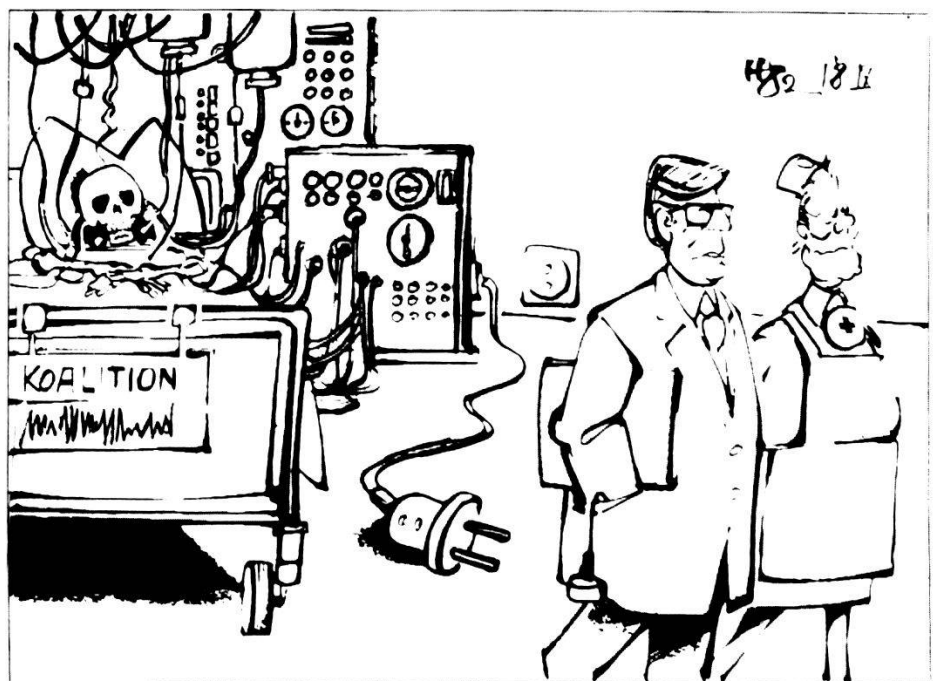
Sozialdemokratische Reformpolitik heisst umdenken und verändern. Sie ist angewiesen und eine breite Übereinstimmung in der Bevölkerung über die Grundlagen einer neuen Politik. Sie sucht den Dialog. Die Mitglieder der Gewerkschaften, die Kirchen, die alternativen Bewegungen, die sozialen Verbände und Organisationen — sie alle sind aufgerufen, daran mitzuwirken. Die Frage heisst, wie wir in Zukunft leben wollen.

Sozialdemokratische Reformpolitik baut auf die gemeinsame Tradition von SPD und Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei müssen die Selbständigkeit ihrer Organisation und Aufgabenstellung ge-

genseitig respektieren. Wir bejahen die Einheitsgewerkschaft. Wir kämpfen gegen jeden Versuch, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften einzuschränken. Wir verteidigen die Tarifautonomie und das Streikrecht.

Umdenken und Verändern setzt Glaubwürdigkeit voraus. Parteien sind nur dann glaubwürdig, wenn ihnen Macht und Machterhaltung nicht wichtiger sind als die Arbeit für den Bürger. Politiker sind nur dann glaubwürdig, wenn sie Wahlversprechen geben, um sie zu halten. Regierungen sind nur dann glaubwürdig, wenn sie der Jugend Zukunftschancen eröffnen. Der Staat ist nur dann glaubwürdig, wenn er seine Bürger nicht nur bürokratisch verwaltet. Glaubwürdigkeit verhindert Staatsverdrossenheit und wirkt dem Rückzug vieler Bürger aus der Gesellschaft entgegen.

Wir Sozialdemokraten sind nicht frei von Fehlern und Versäumnissen. Aber wir haben den Willen und die Kraft zu einer Politik, die Antworten gibt auf neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen und auf neue gesellschaftliche Herausforderungen.



„Ich meine, keiner kann sagen, ich hätte zu früh rausgezogen“

tz. München